

Analyse der zur Zeit in Bearbeitung befindlichen und der bereits abgeschlossenen Forschungsarbeiten zur DDR-Geschichte¹

1. Einleitung
 2. Die DDR-Forschung in den neunziger Jahren
 - 2.1. Die Bearbeiterinnen und Bearbeiter
 - 2.2. Welche Phasen der DDR-Geschichte stehen im Mittelpunkt der Forschung
 - 2.3. Inhaltliche Schwerpunkte der gegenwärtigen DDR-Forschung
 - 2.4. Offene Forschungsfragen an die DDR-Geschichte
 - 2.5. Zum Stellenwert der Archive und des Forschungsstandes für die Aufarbeitung der DDR-Geschichte
 - 2.6. Institutionelle Anbindung der DDR-Forschung
 - 2.7. Veröffentlichungsmöglichkeiten der DDR-Forschung
 - 2.8. Die DDR-Forschung außerhalb Deutschlands
 - 2.9. Finanzierung der DDR-Forschung
 - 2.10. Über den Zusammenhang wissenschaftlicher und politisch-moralischer Aufarbeitung der DDR-Geschichte
 3. Empfehlungen
- Zusammenfassung

1. Einleitung

Nach dem Zusammenbruch des SED-Regimes im Herbst 1989 hat sich die bald darauf gesamtdeutsche Wissenschaftslandschaft grundlegend gewandelt. Die Neuordnung betraf insbesondere zeithistorisch und sozialwissenschaftlich orientierte Forschungsstätten, die sich in beiden deutschen Staaten mit Vergangenheit und Gegenwart der DDR befaßt hatten. Anfang der neunziger Jahre wurden – im Osten wie im Westen Deutschlands – zahlreiche Einrichtungen abgewickelt. Andererseits bescherten das öffentliche Interesse an der jüngsten Vergangenheit und die uneingeschränkte Öffnung der Archive in Ostdeutschland der DDR-Forschung einen ungeahnten Aufschwung. Vor allem in den neuen Bundesländern etablierten sich neue Strukturen. Die Vielzahl der in den

¹ Die Arbeit wurde im November 1997 abgeschlossen.

unterschiedlichsten Wissenschaftsbereichen angesiedelten Projekte erschwerte zunehmend den wissenschaftlichen Austausch. Hinzu kam, daß sich die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit in den neunziger Jahren keineswegs auf den universitären Raum beschränkte. In kaum einer anderen Disziplin dürften private Initiativen, Vereine und Gruppen einen derart produktiven Beitrag leisten wie in der historischen DDR-Forschung.

Bereits im Oktober 1990 wurde auf einer Mannheimer Tagung über „Stand und Perspektiven der zeitgeschichtlichen DDR-Forschung“ die geringe Kenntnis von abgeschlossenen, laufenden oder geplanten Forschungsvorhaben im vereinigten Deutschland beklagt. Bis dahin hatte das Gesamtdeutsche Institut in Bonn wiederholt Zusammenstellungen von einschlägigen Forschungsprojekten veröffentlicht. Das letzte Verzeichnis stammte jedoch aus dem Jahre 1987 und hatte naturgemäß nur Forschungs- und Publikationsvorhaben aus der alten Bundesrepublik erfaßt.² Zum Jahreswechsel 1990/91 erwies sich eine solche Projekterhebung jedoch als außerordentlich schwierig. Wohl wissend, daß sich viele der um Auskunft gebetenen Institutionen in einer komplizierten Umstellungsphase befanden bzw. ihrer „Abwicklung“ entgegensehen, wurden alle einschlägigen außeruniversitären Einrichtungen sowie Fakultäten, Lehrstühle und einzelne Forschende zur Mitwirkung aufgefordert, bei denen ein Interesse an diesem Forschungszweig vermutet werden konnte. Von den auf diese Weise ermittelten 185 Adressaten hatten bis Herbst 1991 138 den standardisierten Fragebogen ausgefüllt. Das im Oktober 1991 vorgelegte Projektverzeichnis war aufgrund des Transformationsprozesses in der gesamtdeutschen Wissenschaftslandschaft wenig mehr als eine – für die Arbeit dennoch wichtige – Momentaufnahme³, die bereits zum Zeitpunkt ihres Erscheinens in einigen Teilen überholt war.⁴

Dies galt letztlich auch für die im Jahre 1994 vom Mannheimer Arbeitsbereich DDR-Geschichte im Auftrag der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ vorgelegte Umfrage „Forschungsprojekte zur DDR-Geschichte“.⁵ Darin konnten über 750 geplante,

2 Dokumentationen zur DDR- und Deutschlandforschung in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West), Reihe II – Forschungsvorhaben, Projektverzeichnis, 3. Auflage, hrsg. vom Gesamtdeutschen Institut, Bundesanstalt für gesamtdeutsche Fragen, Bonn.

3 Ergebnisse einer Umfrage über Forschungsvorhaben zur DDR-Geschichte an deutschen Universitäten, Hochschulen und Forschungseinrichtungen (abgeschlossen im Oktober 1991). Bearbeitet von Annerose Hörter und Michael Müller. Hrsg. Universität Mannheim. Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung, Arbeitsbereich IV – DDR-Geschichte, Steubenstr. 46, W-6800 Mannheim.

4 Dies galt auch für einschlägige Institutionenhandbücher wie etwa das Vademecum Deutscher Lehr- und Forschungsstätten. Stätten der Forschung. Neue Bundesländer. Ergänzungsband zur neunten Auflage. Hrsg. vom Verlag Dr. Josef Raabe KG. Stuttgart 1991. Später erschienene Handbücher so das vorzügliche „Vademecum der Geschichtswissenschaften 1996/97“. Hrsg. von Lothar Gall. Stuttgart 1996“ sparen die außeruniversitäre sowie die sozialwissenschaftlich orientierte DDR-Forschung weitgehend aus.

5 Deutscher Bundestag, Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“: Forschungsprojekte zur DDR-Geschichte. Ergebnisse einer Umfrage des Arbeitsbereiches DDR-Geschichte im Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung

laufende oder kurz zuvor abgeschlossene Projekte über den anderen deutschen Staat verzeichnet werden. Die meisten Vorhaben wurden zwischenzeitlich verwirklicht, nicht wenige abgewandelt oder ganz aufgegeben.

Bei der Vorstellung der Projektumfrage im Rahmen einer weiteren Mannheimer Tagung über „Stand und Perspektiven der zeitgeschichtlichen DDR-Forschung“ im April 1994 herrschte Einigkeit darüber, daß es wünschenswert sei, die Berichterstattung über einschlägige Projekte, aber auch aktuelle Probleme der Erforschung der DDR-Geschichte kontinuierlich und systematisch fortzusetzen. Der Autor der Expertise griff für den damaligen Arbeitsbereich DDR-Geschichte diesen Vorschlag auf und konzipierte gemeinsam mit der Redaktion der Zeitschrift *Deutschland Archiv* in Köln den Newsletter „Aktuelles aus der DDR-Forschung“. Seit der ersten Ausgabe in Heft 11/1994 erschienen jährlich drei Newsletter, zunächst in den Heften 4, 8 und 12, nach der Umstellung der Zeitschrift auf eine zweimonatliche Erscheinungsweise im Jahre 1996 in den Heften 2, 4 und 6. Neben einem umfangreichen redaktionellen Teil wurden in den bislang zehn Ausgaben des Newsletters stets auch neue Forschungsprojekte zur DDR-Geschichte verzeichnet.

Die relativ geringe Zahl der im Newsletter aufgeführten soziologischen und im engeren Sinne sozialwissenschaftlichen Projekte, für die der Forschungsgegenstand DDR einen Schwerpunkt darstellt, spiegelt nicht die tatsächliche Breite der Beschäftigung der Soziologie mit der DDR wider. Nach dem Wegfall der Zugangsbarrieren seit 1990 nahmen sozialwissenschaftliche Institutionen vermehrt den Forschungsgegenstand DDR in ihre traditionellen Forschungsfragen auf. Darüber hinaus zeigt sich der soziologische Beitrag zur Erforschung der ostdeutschen Nachkriegsentwicklung nach der Wende vor allem im Kontext der Transformationsforschung, wo Teilbereiche der DDR als Ausgangspunkt der Transformationen erneut in den Blick geraten. Der heute festzustellende Rückgang an Projekten und Institutionen dieser Transformationsforschung ist nicht zuletzt auf auslaufende Fördermodelle bzw. vereinigungsbedingte Übergangsstrukturen zurückzuführen. In Zukunft werden soziologische Fragestellungen an die DDR-Vergangenheit wohl zunehmend von der Sozialgeschichte gestellt oder in einem interdisziplinären Kontext erforscht werden. Ähnliches gilt auch für die alte politikwissenschaftliche sowie für die wirtschaftswissenschaftliche DDR-Forschung.

Zur soziologischen und im engeren Sinne sozialwissenschaftlichen DDR-Forschung sei auf die seit 1969 vom Informationszentrum Sozialwissenschaften (IZ), Bonn, aufgebaute Datenbank FORIS (Sozialwissenschaften) hingewiesen, die, basierend auf einer jährlichen Erhebung, alle sozialwissenschaftlichen Forschungsprojekte incl. Institutionenangabe nachweist. Diese Informationen können in der Datenbank FORIS abgerufen werden. Neben den Forschungs-

projekten bietet das IZ auch Übersichten zur deutschsprachigen sozialwissenschaftlichen Literatur seit 1945 einschließlich der zur DDR.⁶

Die hier vorgenommenen Analysen beruhen auf der großen Projektumfrage der ersten Enquete-Kommission sowie auf den Projektmeldungen des Newsletters Aktuelles aus der DDR-Forschung, die auf der Grundlage eines weitgehend übereinstimmenden, standardisierten, zehn Punkte umfassenden Fragebogens erfolgten, der in den wichtigsten Archiven ausliegt, im Deutschland Archiv regelmäßig abgedruckt bzw. von Mannheim an einschlägige Forschungsstätten versandt wird. Mit dem Fragebogen sollen folgende Informationen erhoben werden:

- 1: Titel des Vorhabens
- 2: Historischer Zeitraum, auf den sich das Projekt bezieht
- 3: Anschrift der Bearbeiterin, des Bearbeiters
- 4: Anschrift der Institution
- 5: Anschrift der Betreuerin, des Betreuers
- 6: Art des Vorhabens (Dissertation, Habilitation, Monographie, Dokumentation, etc.)
- 7: Stand der Arbeit
- 8: Laufzeit des Forschungsvorhabens
- 9: Art der Finanzierung
- 10: Veröffentlichungen aus dem Forschungszusammenhang

Bei der Konzeption des Fragebogens wurde darauf geachtet, diesen auf die wesentlichen Informationen zu beschränken, um einen möglichst hohen Rücklauf zu gewährleisten. Auf wünschenswerte Zusatzinformationen, z. B. Angaben zu den inhaltlichen Zielen, die gewählten Untersuchungsmethoden oder die Quellengrundlage, wie sie etwa von der Zeitschrift IWK (Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der Arbeiterbewegung) zu Forschungsprojekten zur Geschichte der Arbeiterbewegung erhoben werden, wurde verzichtet.

Für die Aufnahme einer Projektmeldung in den Newsletter gilt, daß jedes Projekt nur einmal gemeldet werden kann. Zudem können Diplom-, Magister- oder Staatsexamensarbeiten aus Platzgründen keine Berücksichtigung finden. Damit unterscheidet sich diese Projektdokumentation von der 1994 vorgelegten Enquete-Umfrage, die fast 60 studentische Qualifizierungsarbeiten einschließt.

⁶ Informationszentrum Sozialwissenschaften, Lennéstr. 30, 53113 Bonn. Tel: 0228-2281-100 FAX: 0228-2281-120, E-Mail: zm@bonn.iz-soz.de Ab Oktober 1997 werden die Informationen über die laufenden Forschungsprojekte aus den letzten drei Erhebungsjahren auch über <http://www.bonn.iz-soz.de> im Internet recherchierbar sein.

Die Aussagekraft der Projektmeldungen unterliegt jedoch bestimmten Einschränkungen. Die Informationen beruhen zunächst einmal auf Selbstausskünften. Insbesondere bei Forschungsvorhaben bestand aufgrund fehlender Arbeitskapazität bislang keine Möglichkeit, deren Umsetzung systematisch nachzuvollziehen. Weiterhin nutzen einige Kolleginnen und Kollegen die Möglichkeit, auf ihre Arbeit zu verweisen, sehr extensiv und melden auch die Erstellung kleinerer Aufsätze und Broschüren. Für die nachfolgende Analyse der seit Herbst 1994 registrierten rund 400 Forschungsprojekte zur DDR-Geschichte wurde der Versuch unternommen, nur jene Projektmeldungen zu berücksichtigen, die darauf hindeuten, daß sie für einen längeren, mindestens halbjährigen Zeitraum im Zentrum der Forschungstätigkeit des jeweiligen Bearbeiters stehen. Unter diesem Gesichtspunkt wurden 318 Forschungsprojekte ermittelt. Da diese Auswertung nicht selten auf Annahmen beruhte, dürfen nachfolgende Zahlenangaben lediglich als Orientierungswerte für Forschungstendenzen betrachtet werden.

Nach einer kurzen Auswertung der vorhandenen Informationen über die Bearbeiterinnen und Bearbeiter dieser Forschungsprojekte sowie der zeitlichen Phasen, die gegenwärtig im Zentrum der Forschung stehen, erfolgt eine Analyse der inhaltlichen Schwerpunkte der DDR-Forschung in der Laufzeit der zweiten Enquete-Kommission. Dabei findet auch die große Projektumfrage der ersten Enquete-Kommission Berücksichtigung, die 1994 rund 750 Vorhaben verzeichnete. Im Anschluß daran werden eine Reihe offener Forschungsfragen an die DDR-Geschichte gestellt. Nach Überlegungen zum Stellenwert der Archive und des Forschungsstandes folgt ein Abschnitt über die „Institutionelle Anbindung der DDR-Forschung“ in Deutschland. Dieser rekurriert auf das jüngst vom Autor vorgelegte „Vademekum DDR-Forschung“⁷, das der Expertise als Anhang beigefügt wurde. Es folgen Informationen zu den Veröffentlichungsmöglichkeiten der DDR-Forschung, zur DDR-Forschung im Ausland und schließlich zur Finanzierung. Nach einer kurzen Erörterung über den Zusammenhang und die Bedeutung von wissenschaftlicher und politisch-moralischer Aufarbeitung schließt die Expertise mit Empfehlungen an den Gesetzgeber und die Exekutive.

2. Die DDR-Forschung in den neunziger Jahren

2.1. Die Bearbeiterinnen und Bearbeiter

Im Zeitraum zwischen Sommer 1994, dem Beginn einer kontinuierlichen Projekterhebung für den Newsletter „Aktuelles aus der DDR-Forschung“, und Oktober 1997 wurden 318 Forschungsprojekte im Newsletter registriert, die auf eine längere Laufzeit angelegt waren bzw. sind. Die Zahl von 379 Bear-

⁷ Vademekum DDR-Forschung. Ein Leitfadens zu Archiven, Forschungseinrichtungen, Bibliotheken, Einrichtungen der politischen Bildung, Vereinen, Museen und Gedenkstätten. Hrsg. von Ulrich Mählert. Opladen 1997.

beiterinnen und Bearbeitern macht deutlich, daß den Forschungsthemen, obgleich vielfach in größere Projektverbände eingebunden, zumeist von einzelnen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern nachgegangen wird. Projektbearbeiterinnen sind mit 25 Prozent deutlich unterrepräsentiert, womit sich die Geschlechterverhältnisse in der Wissenschaftslandschaft auch in der geisteswissenschaftlich orientierten DDR-Forschung widerspiegeln.⁸ Präzise Aussagen darüber, wieviele Frauen und Männer sich gegenwärtig innerhalb (und außerhalb) der Bundesrepublik kontinuierlich mit der DDR-Geschichte beschäftigen, lassen sich auf der Grundlage der vorhandenen Projektmeldungen nicht machen. Obwohl insbesondere in den Aufarbeitungsinitiativen, den Geschichtsvereinen und -werkstätten wichtige einschlägige Studien entstehen, die zumeist in Form von „grauer Literatur“ veröffentlicht werden⁹, finden diese Arbeiten nicht immer Eingang in den Newsletter Aktuelles aus der DDR-Forschung. Dies dürfte den nach wie vor bestehenden unsichtbaren Grenzen zwischen der universitären und außeruniversitären Forschung geschuldet sein, die im konkreten Fall aus einer Mischung aus mangelnder Informiertheit über diese Möglichkeit, Desinteresse und/oder Schwellenangst seitens der Basisinitiativen resultieren. Die Redaktion des Newsletters ist bemüht, den Brückenschlag zwischen universitärer und außeruniversitärer DDR-Forschung zu befördern. Was die Zahl derjenigen angeht, die sich kontinuierlich mit Aspekten der DDR-Geschichte befassen, so dürfte die Zahl eher über denn unter 500 liegen.

Rund ein Drittel der Projektbearbeiterinnen und -bearbeiter waren bzw. sind promoviert. Der Anteil der Frauen betrug dabei ebenfalls 25 Prozent. Jeder zehnte aktive DDR-Forscher trägt einen Professorentitel. Folgt man der Erhebung, trifft letzteres lediglich auf eine Wissenschaftlerin zu. An dieser Stelle sei angemerkt, daß jene Professorinnen oder Professoren, die zum Teil eine sehr große Zahl von Forschungsprojekten zur DDR-Geschichte betreuen, in dieser Aufstellung keine Berücksichtigung fanden.

Zum Anteil ostdeutscher Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an der Gesamtzahl der Projektbearbeiter (unterhalb der Ebene der Lehrstuhlinhaber, wo Ostdeutsche kaum vertreten sind) läßt sich auf der Grundlage der vorliegenden Projekterhebung keine konkrete Aussage treffen. Angesichts der Tatsache, daß zwei Drittel aller Forschungsprojekte in den neuen Bundesländern oder aber in Berlin angesiedelt sind, kann davon ausgegangen werden, daß Ostdeutsche in dieser Forschungslandschaft deutlich überrepräsentiert sind.

8 Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes lag der Anteil der Frauen unter den Studierenden des Jahres 1996/97 bei 42 Prozent, der Absolventen 1995 bei 41 Prozent und bei den Promovierenden bei 31 Prozent.

9 Vgl. die Abschnitte „3.6 Institutionelle Anbindung der DDR-Forschung“ sowie „3.7 Veröffentlichungsmöglichkeiten der DDR-Forschung“ in dieser Expertise.

2.2. Welche Phasen der DDR-Geschichte stehen im Mittelpunkt der Forschung

Geht man der Frage nach, welchen Zeiträumen der DDR-Geschichte die besondere Aufmerksamkeit der Forschung gilt, lassen sich deutliche Schwerpunkte herausarbeiten. Jedes vierte Forschungsvorhaben widmet sich der Zeit vor dem Mauerbau 1961. Dabei dominieren Projekte zur Besatzungszeit sowie zur Konstituierungsphase des Regimes 1945 bis 1952. Weitere fünfundzwanzig Prozent der Vorhaben nehmen den gesamten Zeitraum der DDR-Existenz in den Blick; zumeist unter Einschluß der unmittelbaren sowjetischen Besatzungsherrschaft 1945 bis 1949. Jedes fünfte Projekt (20 Prozent) rekurriert auf die beiden letzten Jahrzehnte der DDR bzw. den Umbruch 1989/90. Hier liegt ein deutlicher Schwerpunkt auf den achtziger Jahren bzw. der „Wendezeit“. Unter den verbleibenden rund dreißig Prozent der Forschungsprojekte stechen Vorhaben hervor, deren Untersuchungszeitraum vor dem Jahr 1945 beginnt (rund neun Prozent) sowie solche, die die DDR vom Mauerbau bis zum Untergang ins Visier nehmen (ca. fünf Prozent). Auffällig ist das geringe Interesse an den sechziger und siebziger Jahren, die lediglich drei Prozent der Forschungsvorhaben zum Gegenstand haben. Offenkundig haben bislang vor allem der Aufbau und der Fall der zweiten deutschen Diktatur die Aufmerksamkeit der Forschung erregt.

2.3. Inhaltliche Schwerpunkte der gegenwärtigen DDR-Forschung

Angesichts der knappen vorliegenden Projektinformationen kann eine inhaltliche Kategorisierung der in den neunziger Jahren registrierten Forschungsprojekte zur DDR-Geschichte nur sehr grobrastig erfolgen. Bei dem Versuch wird deutlich, daß sich die oben konstatierten zeitlichen Schwerpunktsetzungen zumindest teilweise mit dem aktuellen Forschungsinteresse erklären lassen. Auch wenn die unterschiedlichsten Fragen an die DDR-Geschichte gestellt werden und kein Themenfeld für sich in Anspruch nehmen kann, auch nur zehn Prozent aller gegenwärtigen Vorhaben auf sich zu vereinen, so ergeben sich doch deutliche Trends.

Forschungsvorhaben zu Themen der siebziger und achtziger Jahre widmen sich vor allem dem widerständigen oder abweichenden Verhalten in der DDR sowie Formen der Opposition einerseits und den vielfältigen „Gegenmaßnahmen“ des SED-Regimes andererseits. Wichtigstes diesbezügliches Herrschaftsinstrument der SED war dabei das Ministerium für Staatssicherheit. Rechnet man zum Komplex „Opposition und Verfolgung“ jene Projekte hinzu, die sich primär mit der Struktur, Funktionsweise und den Mitarbeitern des „Schild und Schwert“ der Partei, der „Stasi“, beschäftigen, hat man mehr als jedes zehnte Forschungsprojekt seit 1994 inhaltlich verortet. Hinzu kommt, daß der Komplex „Kirchen/ Religionsgemeinschaften“, der mit über zwanzig Nennungen ebenfalls an der Spitze des Interesses der universitären und außere-

runiversitären Forschung rangiert, häufig die „operative Bearbeitung“ der kirchlichen Aktivitäten durch die Staatssicherheit thematisiert.

Zusammen mit den Forschungen zum (politischen) Justizwesen in der DDR, zu Polizei und Militär widmet sich jedes fünfte Projekt Fragen der inneren und äußeren Sicherheit der DDR sowie der parteistaatlichen Repressionen.

Damit ist das seit der Archivöffnung zu verzeichnende große Interesse der Forschung an den repressiven Formen der SED-Herrschaftssicherung bislang ungebrochen. Auch die große Umfrage der ersten Enquete-Kommission ordnete eines von fünf Projekten diesem Themenkomplex zu. Allerdings sind bestimmte inhaltliche Schwerpunkte aus diesem Bereich seitdem aus dem Zentrum der Forschung gerückt. Dazu zählen beispielsweise Untersuchungen zu den sowjetischen Internierungslagern und den dortigen Haftbedingungen sowie Fallstudien zum Arbeiteraufstand am 17. Juni, dessen vierzigster Jahrestag 1993 bevorstand.

Demgegenüber stieg – gemessen an der ersten Hälfte der neunziger Jahre – das Interesse der Forschung an Wirtschafts- und sozialgeschichtlichen Fragestellungen, die zwischen 1994 und 1997 mit einem Anteil von zwanzig Prozent der Projektmeldungen ebensoviel Aufmerksamkeit fanden, wie der vorangegangene Themenkomplex. Während sich unter den wirtschaftswissenschaftlichen Fragestellungen häufig Längsschnittstudien finden, die einzelne Wirtschaftsbereiche über die ganze Lebensdauer der DDR ins Visier nehmen (zum Teil im Vergleich zur Bundesrepublik Deutschland und/oder bis ins wiedervereinigte Deutschland hinein), interessiert sich die Sozialgeschichte vor allem für die Zeit vor dem Mauerbau. So nimmt beispielsweise seit Mitte der neunziger Jahre das Interesse an den Auswirkungen der politischen und ökonomischen Umgestaltung in der SBZ und frühen DDR auf einzelne soziale Gruppen zu. Teilweise schwer von sozialgeschichtlichen Fragestellungen abzugrenzen sind die im Bereich der Alltagskultur angesiedelten Projekte, die gemeinsam mit lebensgeschichtlichen und biographischen Untersuchungen zu jenen fünf Kategorien gehören, denen mehr als 20 Projekte zugeordnet werden können (Kirchen/Religionsgemeinschaften; Opposition und Verfolgung; Wirtschaftsgeschichte; Sozialgeschichte; Alltagskultur/lebensgeschichtliche Untersuchungen).

Im Vergleich zur Projektumfrage der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ des Jahres 1994 hat die Zahl der Untersuchungen zu Kunst und Kultur abgenommen. Dies betrifft insbesondere Studien zur DDR-Literatur sowie zur „darstellenden Kunst“. Demgegenüber erfreuen sich die DDR-Medien sowie insbesondere die Filmproduktion zwischen Elbe und Oder des anhaltenden Interesses der Forschung.

Ungebrochen ist das Interesse für lokal- und regionalgeschichtliche Untersuchungen – in der Regel – der Konstituierungsphase und des Niederganges der DDR.

Agonie und Untergang der DDR in den späten achtziger Jahren bis 1990 und die nachfolgenden Transformationsprozesse zählen ebenfalls zu den nach wie vor favorisierten Forschungsfeldern.

Auffällig ist das vergleichsweise geringe Interesse an den Parteien und Massenorganisationen der SBZ/DDR, allen voran an der SED. Dabei wurden Sozialstruktur, Lebensweisen, Verhaltensprägung und Handlungsoptionen der Menschen zwischen Oder und Elbe in den vergangenen vier Jahrzehnten in besonderem Maße von der dortigen – der allgemeinen Entwicklung der Moderne entgegenlaufenden – entdifferenzierten „Institutionenordnung“ geprägt.¹⁰ Deren „Gestaltungsmacht“ konstituierte die DDR-Gesellschaft, „und in dem Augenblick, in dem diese Institutionenordnung zusammenbrach, löste sich auch die DDR auf.“ Damit wird die historische Analyse der Parteien und Massenorganisationen zur Voraussetzung für eine Untersuchung „der den Institutionen zuzurechnenden Folgen für die Struktur und Entwicklung der Gesellschaft“.¹¹ Vor allem das mangelnde Interesse an der SED als der „führenden Partei“ steht in einem deutlichen Mißverhältnis etwa zu Arbeiten zur Staatssicherheit, die doch von ihrem Selbstverständnis her lediglich „Schild und Schwert“ ihrer Partei gewesen war. Lediglich der Vorgeschichte der SED sowie deren Transformation zur „Partei Neuen Typs“ bis 1952/53 galt seit der Öffnung der ostdeutschen Archive in größerem Umfang das Interesse der Forschung. An diesem Beispiel wird gleichzeitig deutlich, wie sehr die Auswahl der Forschungsthemen außerwissenschaftlichen Rahmenbedingungen geschuldet ist. Es war der fünfzigste Jahrestag der SED-Gründung im April 1996 und nicht zuletzt die politisierte Debatte über die Rolle der Sozialdemokraten bei der Gründung und Entwicklung der SED, die zahlreiche Forschungsarbeiten stimulierten, die dabei nichtsdestotrotz wissenschaftliche Ergebnisse von hoher Qualität erbrachten.

Nachgelassen hat das Interesse an den „Blockparteien“. Insbesondere die CDU und die LDP waren in der ersten Hälfte der neunziger Jahre wiederholt Gegenstand der zeitgeschichtlichen Forschung. Sie konzentrierte sich dabei vor allem auf den Zeitraum bis 1952 und die späten achtziger Jahre. Für die Frühzeit gingen die Projekte zumeist der Frage nach, wie die bürgerlich-demokratischen Parteien seitens der SED und der Besatzungsmacht gleichgeschaltet wurden.

Für die DDR-Forschung der gesamten neunziger Jahre gilt, daß die vergleichende Erforschung moderner bürokratischer Systeme im Osteuropa der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts ebenso am Anfang steht, wie der Diktaturenvergleich zwischen DDR und Nationalsozialismus nach vor auf der Ebene der Absichtserklärungen verharrt. Auch bleibt der Blick auf die deutsch-deutsche Vergangenheit zumeist auf die Deutschlandpolitik fixiert. Fragen der

10 M. Rainer Lepsius: Die Institutionenordnung als Rahmenbedingung der Sozialgeschichte der DDR. In: Hartmut Kaelble, Jürgen Kocka und Hartmut Zwahr (Hrsg.): Sozialgeschichte der DDR. Stuttgart 1994, S. 17 ff., hier: S. 17.

11 Alle Zitate ebda., S. 17 f.

vergleichenden Gesellschaftsgeschichte werden kaum gestellt. Das geringe Interesse an der DDR-Außenpolitik mag dem Umstand geschuldet sein, daß für die im Auswärtigen Amt befindlichen Archivalien des DDR-Außenministeriums anders als sonst eine dreißigjährige Sperrfrist besteht.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß die Themenfelder allgemeine Politikgeschichte, Verfassungs-, Literatur- und Ideologiegeschichte, die Bildungs-, Frauen- und insbesondere die Jugendpolitik der vierziger und fünfziger bereits Jahre relativ gut erschlossen sind (was ein Rückgang diesbezüglicher Forschungsvorhaben gemessen an der Umfrage des Jahres 1994 zu belegen scheint). Generell kann konstatiert werden, daß die „Vor- und Frühgeschichte“ der DDR gründlicher untersucht wurde und wird als die Jahre nach dem Mauerbau bis Anfang der achtziger Jahre, auch wenn Spezialisten für ihre jeweiligen Forschungsfelder natürlich auch bei den frühen DDR-Jahren auf zahlreiche Desiderata verweisen können.

2.4. Offene Forschungsfragen an die DDR-Geschichte

Sieben Jahre intensiver wissenschaftlicher Beschäftigung mit der SBZ- und DDR-Geschichte haben den Forschungsstand in vielen Bereichen weitergebracht. Dennoch blieben bestimmte Zusammenhänge nach wie vor weitgehend unerforscht. Zu den wichtigsten zählen folgende:

- a) Ein offensichtliches Defizit der bisherigen Forschung stellt die „DDR-Zentriertheit“ der meisten Projekte dar. Allzu leicht wird die Bedeutung der Ostintegration für politische, ökonomische und soziale Entscheidungsprozesse in der DDR übersehen. Neben der Sowjetunion als wichtigstem Einflußfaktor sind hierbei insbesondere der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) und das Militärbündnis Warschauer Pakt zu nennen. Hierbei interessieren zum einen sowjetische Einflüsse (z. B. Ideologie, Modellfunktion) und zum anderen die Ebenen der Vermittlung ihrer Politik. Neben Spitzengesprächen der SED-Führer mit Vertretern der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (bis 1949), der Sowjetischen Kontrollkommission (bis 1953), des Hohen Kommissars der Sowjetunion in Ostberlin (1953/54), der Sowjetischen Botschaft „Unter den Linden“ und der Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Wünsdorf sowie schließlich direkt mit Vertretern der KPdSU-Führung in Moskau und Berlin gab es vielfältigste Arbeitskontakte auf den unterschiedlichsten Ebenen des Partei- und Staatsapparates sowie der Massenorganisationen. Im Hinblick auf den RGW müssen Tendenzen zur Anpassung etwa der volkswirtschaftlichen Planungs- und Leitungsstrukturen in der DDR herausgearbeitet werden. Im Rahmen des Warschauer Paktes erfolgte die Einbindung der Nationalen Volksarmee in den sowjetischen Block. Solche Fragestellungen erlauben es einerseits, Handlungsspielräume der DDR und deren Rolle im Ostblock, andererseits die Konsequenzen der Ostintegration der DDR für die SED-Politik zu rekonstruieren. Allerdings erschwert nicht nur der unzureichende

Zugang zu sowjetischen Archiven eine solche Herangehensweise. Vielfach fehlt es im Bereich der DDR-Forschung auch an den erforderlichen Sprachkenntnissen für eine komparatistische Osteuropaforschung.

- b) Wie bereits oben ausgeführt wurde, genießt die SED in der Forschung nicht das Maß an Aufmerksamkeit, das man angesichts ihrer „führenden Rolle“ in der DDR erwartet. Nach wie vor ist die Kenntnis der Entscheidungsprozesse innerhalb der SED-Führung – unter besonderer Berücksichtigung des Politbüros, des Sekretariats sowie der Anleitung der Partei- und Staatsorgane durch den Parteiapparat – lückenhaft. Von Bedeutung sind hier u. a. die Rekonstruktion der Politikformulierung und der Implementationsprozesse, das Gewicht einzelner Personen in den engeren Führungsgremien (Politbüro, Sekretariat), die Bedeutung ihrer „Büros“, die Machtverteilung zwischen Politbüro und Sekretariat, die Mitwirkung der ZK-Abteilungen, ihrer Bereiche und Sektoren, der Einfluß von Beratern und Ad-hoc-Kommissionen sowie des Staatsapparates, der Blockparteien und Massenorganisationen und die Vermittlung der Beschlüsse der Führungsgremien an den nachgeordneten (regionalen) Parteiapparat und die Staatsorgane. Zu erwarten sind genauere Erkenntnisse über die personellen Verantwortlichkeiten und die Hierarchiebildungen in der SED-Spitze sowie die Intensität der Zuarbeit des Staatsapparates, der Partei- und Organisationsführungen.
- c) Während die Protagonisten politischer Opposition in der DDR sowie deren Verfolgung durch die Staatssicherheit Gegenstand zahlreicher Untersuchungen waren, finden sich vor allem für die sechziger und siebziger Jahre nur wenige Vorhaben, die die Phänomene Engagement, Akzeptanz und Arrangement analysieren. Der Forschung steht hier eine Vielzahl von Quellen zur Verfügung. So geben bereits die vor 1989 unveröffentlichten Daten zur formalen Partizipation (Bei- und Austritte, Angaben zur Sozialstruktur, Alter, Bildung etc. der Mitgliedschaft) in der SED, den Blockparteien sowie in den Massenorganisationen wichtige Hinweise zu diesen Fragen. Alle genannten Institutionen sammelten kontinuierlich Informationsberichte über die Stimmung innerhalb und außerhalb ihrer Basis, die die unüberschaubare Flut an Lageberichte der Staatssicherheit ergänzen. Zusammen mit den Analysen des Staatsapparates sowie seit den siebziger Jahren auch der sozialwissenschaftlichen Forschung lassen sich Aussagen zu Abwanderungs- bzw. Fluchtmotiven, zum Einstellungswandel, zum Umgang mit politischen Ritualen, zum Engagement in systemfernen sozialen Zusammenhängen wie den Kirchen und in informellen Gruppierungen, zu normabweichendem Freizeitverhalten treffen. Darüber hinaus ermöglichen die vorhandenen Materialien die Rekonstruktion der Motivation für gesellschaftliche und politische Partizipation in den zahllosen systemtragenden Institutionen (wie etwa der Nationalen Front) und Massenorganisationen. Von großer Bedeutung sind neben der Analyse des überlieferten Schriftgutes die Methoden der (historischen) Sozialforschung, etwa der systematischen Befragung der Zeitzeugen der unterschiedlichsten Phasen der DDR-Entwicklung. Auf die-

se Weise können Aufschlüsse etwa über langfristig fortwirkende politisch-kulturelle Prägungen durch die SED-Herrschaft gewonnen werden.

- d) Größerer Stellenwert als bisher sollte der Sozialgeschichte der SED, der Blockparteien sowie der Massenorganisationen beigemessen werden. Dabei interessieren insbesondere die Beitrittsmotive in den jeweiligen Phasen der DDR-Entwicklung. In welchem Maße kollidierte im Falle der SED der „Avantgarde“-Anspruch mit den mit dem zunehmenden Mitgliederwachstum einhergehenden „Vergesellschaftungs“-Tendenzen der Partei. Welche Rücksichtnahmen verlangte der Massencharakter der Partei von der SED-Führung ab. Fragen nach der horizontalen und vor allem vertikalen Mobilität des Funktionärskorps im Wandel der Zeit sind bislang kaum gestellt worden. Kaum mehr ist über die Bedeutung und das eventuell vorhandene Eigenleben von biographischen oder regionalen Cliques („Seilschaften“) – wiederum insbesondere in der SED – bekannt. Zu untersuchen wären weiterhin die Sozialstruktur, Rekrutierungs- und Karrieremuster, Vereinheitlichungs- und Disziplinierungsverfahren (Säuberungen, Schulung, Bewährungsstrafen, Parteistrafen etc.), das System der Privilegien. Das Konzert der Parteien und Massenorganisationen der DDR stellte ein hierarchisches System der politischen Sozialisation zur kollektiven Identität der verschiedenen Mitgliedergruppen (Arbeiter, Angestellte, Intelligenz, bürgerliche Mittelschichten, Christen etc.) dar und sollte langfristig auch vergleichend untersucht werden.
- e) Von zentraler Bedeutung sind weiterhin Untersuchungen, die den politischen Prozeß auf Bezirks- sowie auf kommunaler Ebene im Wandel der vier Jahrzehnte dauernden DDR-Geschichte in den Blick nehmen. Sinnvoll erscheinen Untersuchungen über die operative Anleitung und Überwachung staatlichen Handelns durch die zentralen und regionalen SED-Leitungen, die administrative Durchsetzung der zentralen ordnungspolitischen Zielstellungen, die Frage nach dem Vorhandensein eines „Eigensinns“ innerhalb kommunaler oder regionaler Partei- oder Staatsinstitutionen gegenüber zentralstaatlichen Vorgaben. Erwartet werden Aufschlüsse über Kompetenzen und Verantwortlichkeiten der zentralen und der nachgeordneten Ebenen sowie der Partei- und der staatlichen Administration am Beispiel konkreten Verwaltungshandelns.

2.5. Zum Stellenwert der Archive und des Forschungsstandes für die Aufarbeitung der DDR-Geschichte¹²

Zeitgeschichtliche Untersuchungen haben generell mit einer schwierigen Quellenlage zu rechnen. In der Regel stehen Archivalien der Wissenschaft nach 30, nicht selten sogar erst nach 50 Jahren zur Verfügung. Noch komplizierter gestaltete sich bis 1989/90 die Erforschung der DDR-Geschichte. Das

¹² Vgl. dazu ausführlich den Beitrag von Hermann Weber und Ulrich Mählert: Quellenlage zur DDR-Geschichte. In: GESIS (Hrsg.): DDR-Sozialforschung. Quellen, Daten, Dokumente. Erscheint 1998.

Archivgut zur ostdeutschen Nachkriegsentwicklung blieb der westdeutschen Forschung nahezu völlig verschlossen, selbst osteuropäische Historiker konnten es nur sehr eingeschränkt benutzen. Die SED-Informationspolitik griff sogar (selbst in wissenschaftlichen Publikationen) zu sinnentstellenden Auslassungen bis hin zu Fälschungen.¹³

Vor der Öffnung der Archive ab 1990 glich die DDR-Forschung im Westen nicht selten wissenschaftlicher Detektivarbeit. Akribisch durchforsteten Historiker und Sozialwissenschaftler zeitgenössische Druckschriften, Zeitungen, Zeitschriften, Funktionsorgane, stenographische Protokolle von Kongressen der Parteien und Organisationen, Gesetzesblätter, offizielle Statistiken etc., sogenannte „graue Literatur“, die schönfärberischen Memoiren und Darstellungen sowie vor allem die unveröffentlichten DDR-Dissertationen aus den Staats- und Universitätsbibliotheken nach jenen Details, die ein möglichst ungeschminktes Bild der DDR-Realität vermittelten. Für die Zeit bis zum Mauerbau ergänzten Berichte der zahlreichen Flüchtlinge, Akten der Ostbüros der bundesdeutschen Parteien sowie Materialien der westlichen Besatzungsbehörden das historische Mosaik. Daß die Quellenlage für die letzten drei Jahrzehnte der DDR schwieriger war, spiegelte sich auch im Forschungsstand der Bundesrepublik wider.¹⁴ Es war insgesamt ein Forschungsstand, der die wesentlichen Entwicklungslinien und Phasen der DDR dennoch zuverlässig rekonstruierte, wie sich nach der Öffnung der DDR-Archive 1989/90 bald zeigte.

So wichtig und unerläßlich die zahlreichen Archive für die Erforschung der DDR-Geschichte sind, so sehr muß davor gewarnt werden, den bereits erreichten Forschungsstand oder auch wissenschaftliche Standards bei der Arbeit mit den Quellen außer acht zu lassen. Seit der Öffnung der Archive häufen sich Beispiele blinder Aktengläubigkeit. Viele der scheinbar so sensationellen publizistischen „Schnellschüsse“ lassen dabei den quellenkritischen Umgang mit dem zu Rate gezogenen Material völlig vermissen. Von der Fülle der Akten überwältigt, nicht selten überfordert, werden die „Mühen der Ebene“ umgangen, anstatt die vermeintlich brisanten Funde kritisch auf deren Novität zu hinterfragen. Doch dazu bedarf es nicht zuletzt einer gründlichen Auseinandersetzung mit dem Forschungsstand von vor 1989, der vielen Wissenschaftlern, die die DDR als Forschungsfeld erst nach der Öffnung der Archive für sich entdeckt haben, nicht geläufig ist. Auch heute kann beispielsweise auf die Auswertung zeitgenössischer Zeitungen und Zeitschriften (aus Ost und West), von Protokollen und Druckschriften aller Art nicht verzichtet werden. So kann rekonstruiert werden, ob und in welcher Form die in den Archiven vorgefundenen internen Konzepte und Beschlüsse und Direktiven ihre Adressaten sowie die Bevölkerung überhaupt erreicht haben bzw. ob und wie sie befolgt wurden. Darüber hinaus finden sich in zeitgenössischen Kommentaren und Analysen westlicher Publikationen nicht zuletzt auch Interpretationen und In-

13 Vgl. Hermann Weber: Ulbricht fälscht Geschichte. Köln 1963.

14 Vgl. dazu ausführlich Hermann Weber: Die DDR 1945-1990. 2., überarbeitete und erweiterte Auflage, München 1993, S. 117 ff.

formationen über das Zeitgeschehen, die im Laufe der Zeit in Vergessenheit geraten sind.

Auch aus diesem Grunde kommt den vorhandenen Spezialbibliotheken und Sammlungen, die zum Teil über hervorragend erschlossene Zeitungsausschnittsammlungen und Zeitschriftennachweise verfügen, große Bedeutung zu. Während ein „Run“ auf die Akten im neuen Domizil der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen in Berlin-Lichterfelde täglich zu beobachten ist, werden die Bestände in der auf demselben Gelände befindlichen kleinen Kirche, in der sich eine der wichtigsten Bibliotheken zur DDR-Geschichte befindet, „links liegengelassen“. In den dort vorhandenen Büchern und Materialien ist so manche Frage bereits beantwortet, die heute an DDR-Archivalien gestellt wird.

2.6. Institutionelle Anbindung der DDR-Forschung

Im siebten Jahr der deutschen Einheit ist die Neuordnung der „DDR-Forschungslandschaft“ weitgehend abgeschlossen. In Ost- und Westdeutschland wurden zahlreiche Institutionen, die sich vor 1989 zum Teil seit vielen Jahren mit der DDR-Geschichte beschäftigt hatten, abgewickelt, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen. Der Transformationsprozeß hat, verbunden mit dem anhaltend großen Interesse an der deutsch-deutschen Vergangenheit, das in zahllose außeruniversitäre Initiativen zur Erforschung der zweiten deutschen Diktatur mündete, eine kaum überschaubare Forschungs- und Archivlandschaft hervorgebracht. Aus diesem Grund hat der Forschungsschwerpunkt DDR-Geschichte am Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung der Universität Mannheim im Sommer 1996 mit Unterstützung des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft damit begonnen, ein Handbuch aller Forschungsstätten und Archive zusammenzustellen, die für die historische Aufarbeitung der ostdeutschen Nachkriegsgeschichte von Relevanz sind. Das Vorhaben knüpfte dabei unter anderem an den vom Gesamtdeutschen Institut 1989 in zweiter Auflage veröffentlichten „Leitfaden zu DDR-Sammlungen“¹⁵ an. Im Verlauf der Recherchen, die ohne die Unterstützung der Zeitschrift *Deutschland Archiv* kaum hätten verwirklicht werden können, entwickelte das Projekt bald eine eigene Dynamik. Das inzwischen vorliegende, als Anlage der Expertise beigefügte Vademekum der historischen DDR-Forschung verzeichnet nunmehr Archive, Bibliotheken, Forschungseinrichtungen, Institutionen der politischen Bildungsarbeit, Museen und Gedenkstätten sowie Zeitschriften und last but not least eine Vielzahl von Vereinen, Verbänden und Initiativen, die sich alle im weitesten Sinne mit der DDR-Geschichte beschäftigen oder wichtige Materialien, Bücher, Dokumente, Daten etc. bereitstellen.

15 Leitfaden zu DDR-Sammlungen. Information und Dokumentation in der DDR- und Deutschlandforschung, 2., überarbeitete und ergänzte Auflage. Zusammengestellt und bearbeitet von Klaus Laisien. Hrsg. vom Gesamtdeutschen Institut. Bundesanstalt für gesamtdeutsche Aufgaben. Bonn 1989.

Der folgende Überblick über die Struktur der DDR-Forschung beruht auf der Auswertung dieses Handbuches sowie der im Newsletter Aktuelles aus der DDR-Forschung veröffentlichten Projektmeldungen.

Die institutionelle Anbindung der Forschungsvorhaben im Zeitraum 1994 bis 1997 spiegelt den Trend zu den Hochschulen wider. Rund die Hälfte aller Projekte sind an den Universitäten und Hochschulen angesiedelt, etwa ein weiteres Drittel an häufig universitätsnahen Instituten. Rund zwanzig Prozent der Projekte verteilen sich auf Museen, Archive, Aufarbeitungsinitiativen, Einzelforscher ohne institutionelle Anbindung sowie sonstige nicht weiter spezifizierbare Projektzusammenhänge.

Geographisch verteilen sich die Forschungsprojekte zur DDR-Geschichte im wiedervereinigten Deutschland zu beinahe gleichen Teilen auf die alte Bundesrepublik, die neuen Länder sowie auf Berlin. Die nach der vorliegenden Auswertung 27 ausländischen Forschungsvorhaben zur DDR-Geschichte (darunter acht in Nordamerika, fünf in Großbritannien und drei in Frankreich) dürften die reale Zahl nur sehr unvollkommen widerspiegeln.

Trotz des offensichtlichen Schwerpunkts der DDR-Forschung in den neuen Bundesländern und Berlin deutet nicht nur die geographische Auswertung darauf hin, daß die Beschäftigung mit SBZ und DDR keineswegs in der Hauptsache aufgrund persönlicher oder regionaler Betroffenheit erfolgt, sondern, wie bereits aufgezeigt wurde, sich an zahlreichen Universitäten und Hochschulen etabliert hat, somit ein Trend zur Verwissenschaftlichung zu verzeichnen ist. Das wachsende Interesse der Wissenschaft an Fragen der DDR-Geschichte dokumentiert auch die steigende Zahl der Dissertationen mit einschlägigen Themenstellungen. Die Projektumfrage der Enquete-Kommission im Jahre 1994 hatte bereits 131 der über 750 registrierten Projekte als Promotionsvorhaben ausgewiesen. Mit 107 Meldungen stellen die Doktoranden ein Drittel aller im Zeitraum zwischen 1994 und 1997 eingegangenen Projektmitteilungen! Die fortschreitende Akademisierung der DDR-Forschung und deren zunehmende Verankerung an Universitäten und Hochschulen verdeutlicht nicht nur die bereits erwähnte hohe Zahl an promovierten Projektbearbeiterinnen und -bearbeitern (rund ein Drittel) sondern auch die mehr als 15 Habilitationsvorhaben, die im Verlauf der letzten drei Jahre gemeldet wurden.

Im Hinblick auf die institutionelle Anbindung der in Deutschland angesiedelten Forschungsprojekte lassen sich vier Formen unterscheiden:

- a) „Institutsforschung“;
- b) universitäre DDR-Forschung;
- c) außeruniversitäre DDR-Forschung;
- d) Politische Bildung, zeitgeschichtliche Vereinigungen, Aufarbeitungsinitiativen und Opferverbände

a) Institutforschung

Im Verlauf der neunziger Jahre sind eine Reihe von neuen Instituten, Forschungsgruppen etc. entstanden, die sich langfristig mindestens schwerpunktmäßig mit der DDR-Geschichte befassen. Die fünf größten und wichtigsten Institute sollen im folgenden kurz vorgestellt werden. Auch hierbei wird deutlich, daß sich der Schwerpunkt der DDR-Forschung in die neuen Bundesländer und nach Berlin verlagert hat. Vier der Einrichtungen liegen in Berlin oder Potsdam, die fünfte in Dresden. Die nachfolgenden Kurzdarstellungen der Forschungseinrichtungen beruhen auf den Selbstdarstellungen dieser Institutionen, die im Anhang zum Vademekum abgedruckt sind.

Abteilung Bildung und Forschung des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen

Die Abteilung Bildung und Forschung (Abt. BF) des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen besteht seit 1992. Ihre Aufgabe definiert das Stasi-Unterlagen-Gesetz (StUG) als die „Aufarbeitung der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes durch Unterrichtung der Öffentlichkeit über Struktur, Methoden und Wirkungsweise“. Die Abt. BF ist eine außeruniversitäre Forschungseinrichtung als Teil einer Bundesbehörde und orientiert sich in Methodik und Forschungsprogramm an den Maßstäben zeitgeschichtlicher und politologischer Wissenschaft. Aufgrund des gesetzlichen Auftrags konzentriert sich die Forschung auf das Ministerium für Staatssicherheit der DDR, seine Rolle im Herrschaftssystem der SED und seine Aktivitäten in der DDR-Gesellschaft. Querbezüge zu zahlreichen Themenfeldern der Geschichte der DDR im allgemeinen sowie der deutsch-deutschen und internationalen Nachkriegsgeschichte ergeben sich zwangsläufig. Die Abt. BF unterhält eine wissenschaftliche Publikationsreihe im Ch. Links Verlag (Berlin), deren Veröffentlichungen über den Buchhandel zu beziehen sind. Daneben erscheinen Hauspublikationen in mehreren Reihen (Reihe A: Dokumente, Reihe B: Analysen, Reihe: BF informiert, sowie die Handbuch-Lieferungen). Leiter Abteilung Bildung und Forschung ist Dr. Siegfried Suckut.

Forschungsverbund SED-Staat an der Freien Universität Berlin

Aus bestehenden, eher unverbindlichen Arbeitszusammenhängen Berliner Historiker, Ökonomen, Politikwissenschaftler und Soziologen, die zur Geschichte der DDR oder zum Vereinigungsprozeß forschten, entstand mittels einer vom Präsidenten der FU gewährten Grundausstattung im März 1992 aus schon bestehenden und geplanten drittmittelgeförderten Projekten ein interdisziplinärer Forschungsverbund, der für sich beansprucht, durch Analyse bisher eher vernachlässigter oder der einschlägigen Forschung bis 1989 nicht zugänglicher Zusammenhänge die äußeren und inneren Voraussetzungen der vierzigjährigen Existenz der zweiten deutschen Diktatur in diesem Jahrhundert zu untersuchen. Forschungsstrategisch standen dabei zunächst die sowjetische Deutschland- und DDR-Politik, der Aufbau und die Entwicklung der totalitären Staatspartei SED sowie die innerdeutschen Bezüge und Wechselwirkungen

im Vordergrund. Bislang wurden 22 Projekte durchgeführt bzw. sind derzeit in Arbeit. Zu den regelmäßigen Publikationen des Verbundes zählen die „Arbeitspapiere des Forschungsverbundes SED-Staat“, die Zeitschrift „ZdF – Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat“. Darüber hinaus erscheint im Akademie Verlag Berlin die Buchreihe „Studien des Forschungsverbundes SED-Staat an der Freien Universität“. Der Forschungsverbund wird von Priv.-Doz. Dr. Klaus Schroeder und Prof. Dr. Manfred Wilke gemeinsam geleitet.

Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e.V. an der Technischen Hochschule Dresden

Die Errichtung des Institutes war ein gemeinsames Projekt aller neuen demokratischen Kräfte in Sachsen. Nach einem Beschluß des Sächsischen Landtages vom 21. November 1991 wurde ein Jahr später der Verein „Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung“ als Träger des gleichnamigen Institutes ins Leben gerufen. Gründungsdirektor war der inzwischen verstorbene Prof. Dr. Alexander Fischer. Das Institut hat die Aufgabe, in interdisziplinärer Arbeit von Historikern und Sozialwissenschaftlern die politischen und gesellschaftlichen Strukturen von NS-Diktatur und SED-Regime sowie ihre Folgen für die Gestaltung der deutschen Einheit zu analysieren, zeitgeschichtliche Forschung und Dokumentation unter besonderer Berücksichtigung totalitärer Systeme und Strukturen sowie des Widerstandes von Bewegungen, Gruppen, Parteien und Organisationen sowie von Einzelpersonlichkeiten gegen Gewalt-herrschaft zu betreiben, zu Einzelfragen der regionalen und überregionalen Zeitgeschichte gutachterlich Stellung zu nehmen und sich für Initiativen einzusetzen, die dem Entstehen totalitärer Strukturen entgegenwirken, das Andenken an die Opfer der NS-Diktatur und des SED-Regimes bewahren zu helfen, das Schicksal von Opfern der NS-Diktatur, der sowjetischen Besatzungsherrschaft und des DDR-Regimes zu erforschen sowie die Opferverbände in ihrer Tätigkeit zu unterstützen und zeitgeschichtliche Lehre und Forschung an der Technischen Universität Dresden und an anderen sächsischen Hochschulen zu unterstützen. Als Direktor fungiert Prof. Dr. Klaus-Dietmar Henke, der zugleich Lehrstuhlinhaber an der Technischen Universität Dresden ist.

Institut für Zeitgeschichte München, Außenstelle Berlin

Nach dem Zusammenbruch der DDR entstand im Institut für Zeitgeschichte der Plan, im Raum Potsdam/Berlin eine eigene wissenschaftliche Abteilung zur Erforschung der SBZ/DDR-Geschichte aufzubauen. Nach gründlicher Vorbereitung nahm die Außenstelle des Instituts für Zeitgeschichte zu Beginn des Jahres 1994 ihre Arbeit auf.

Unter der Zielsetzung, die Geschichte der SBZ/DDR als Teil der gesamten deutschen Zeitgeschichte zu verstehen, wird in den Forschungen der Außenstelle die Vergangenheit des ostdeutschen Teilstaates nicht isoliert betrachtet. Angestrebt sind einerseits Vergleiche mit der NS-Diktatur, mit der Geschichte der Sowjetunion sowie den unter deren Einfluß stehenden osteuropäischen Staaten; andererseits wird bei der Behandlung der SBZ/DDR auch die Ent-

wicklung des westlichen deutschen Teilstaats einbezogen. Thematisch konzentriert sich die Arbeit der Außenstelle auf sechs vornehmlich in den späten vierziger und den fünfziger Jahren angesiedelte Projekte. Die Forschungsergebnisse werden in den Reihen des Instituts für Zeitgeschichte München veröffentlicht. Erste Teilergebnisse liegen vor. Die Außenstelle steht unter der Leitung von Dr. habil. Hartmut Mehringer.

Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.

Das Zentrum für Zeithistorische Forschung e.V. (ZZF) ging zu Beginn des Jahres 1996 aus dem Forschungsschwerpunkt Zeithistorische Studien (FSP) der Förderungsgesellschaft Wissenschaftliche Neuvorhaben mbH hervor, die entsprechend einer Empfehlung des Wissenschaftsrats im Januar 1992 als Tochter der Max-Planck-Gesellschaft gegründet worden war. Das Zentrum erforscht in vergleichender Perspektive die Geschichte der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und der DDR. Einbezogen sind Forschungen zur Geschichte des nationalsozialistischen Herrschaftssystems, der Bundesrepublik Deutschland und der osteuropäischen Staaten nach dem Zweiten Weltkrieg als komparative Perspektive.

Das ZZF kooperiert mit den benachbarten Hochschulen, besonders der Universität Potsdam. Über regelmäßige Vorträge und Konferenzen sowie Forschungsaufenthalte von Gastwissenschaftlern, die die Arbeit an den Projekten begleiten, findet ein umfassender Austausch mit in- und ausländischen Wissenschaftlern statt; Arbeitskreise fördern zudem die interne Kommunikation über methodologisch-theoretische Probleme der SBZ/DDR-Geschichtsschreibung. Über die Arbeit am ZZF informiert das „Potsdamer Bulletin für Zeithistorische Studien“. Die Forschungsergebnisse werden in der Schriftenreihe „Zeithistorische Studien“ im Akademie Verlag veröffentlicht. Leiter des Zentrums sind die Professoren Dr. Christoph Kleßmann und Dr. Konrad Jarausch.

b + c) Universitäre sowie außeruniversitäre DDR-Forschung

Die quantitative Auswertung der im Newsletter Aktuelles aus der DDR-Forschung gemeldeten Projekte zur DDR-Geschichte ergab ein deutliches Übergewicht der universitären DDR-Forschung. Insbesondere hier wird der interdisziplinäre Charakter dieses Forschungszweiges deutlich. Zwar dominieren zeitgeschichtlich oder politikwissenschaftlich orientierte Lehrstühle und Forschungszusammenhänge in der Rubrik „institutionelle Anbindung“ der Fragebögen. Einen weiteren Schwerpunkt – insbesondere im Ausland – stellt die Germanistik und hier vor allem die Literaturwissenschaft dar. Dennoch hat auch das Interesse von Juristen, Geographen, Pädagogen, Wirtschafts-, ja selbst Medizinhistorikern an Fragen der DDR-Geschichte signifikant zugenommen. Eine ausführliche Zusammenstellung der west- und ostdeutschen Professoren (seltener – wie bereits ausgeführt – Professorinnen), die sich entweder selbst mit einschlägigen Themenstellungen beschäftigen oder in nen-

nenswerter Zahl Forschungsprojekte (häufig Dissertationen) zur DDR-Geschichte betreuen, findet sich im beigefügten Vademekum DDR-Forschung.

Das Feld der außeruniversitären DDR-Forschung ist ebenso vielfältig wie unübersichtlich. Unter diesem Rubrum lassen sich zusammenfassen

- a) die Institute, die in der Nachwendezeit vor allem in Berlin von Mitarbeitern abgewickelter DDR-Forschungseinrichtungen gegründet wurden und zum Teil vielbeachtete Forschungsleistungen erbrachten (z. B. das Brandenburg-Berliner Institut für Sozialwissenschaftliche Studien – BISS e.V., die Gesellschaft für Sozialwissenschaftliche Forschung und Publizistik mbH, das Institut für vergleichende Staat-Kirche-Forschung);
- b) die Historische Forschung, die bei den großen Parteistiftungen angesiedelt ist und sich in den letzten Jahren häufig mit Fragen der DDR-Geschichte beschäftigt hat (Historisches Forschungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung, der Bereich Forschung und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung);
- c) Forschungsgruppen, die z. B. bei den Kirchen oder anderen Institutionen bestehen (z. B. die Berliner Arbeitsgruppe Aufarbeitung und die Arbeitsstelle für Zeitgeschichte im Erzbistum Berlin);
- d) Einrichtungen wie etwa die Landesstellen für Volkskultur oder das Sorbische Institut e.V., die mit ihrer Arbeit wichtige regionalgeschichtliche Aspekte der DDR dokumentieren, ohne sich – in der Regel – selbst zum Bereich der DDR-Forschung zu zählen.
- d) Politische Bildung, zeitgeschichtliche Vereinigungen, Aufarbeitungsinitiativen und Opferverbände

Für die Aufarbeitung der DDR-Geschichte von besonderer Bedeutung sind die zahlreichen Vereinigungen, Initiativen und Opferverbände, die häufig DDR-Forschung und historisch-politische Aufklärungsarbeit unmittelbar miteinander verknüpfen. Dazu zählen insbesondere

- a) die aus der DDR-Bürgerbewegung der achtziger Jahre hervorgegangenen Basisinitiativen, die sich seit 1989/90 der Geschichte der SED-Diktatur (häufig mit dem Schwerpunkt Staatssicherheit) vor Ort annehmen. Die Gruppen betreiben häufig lokale Dokumentationszentren, unterhalten Archive mit Materialien aus der DDR-Opposition;
- b) Geschichtsvereine bzw. -werkstätten, die sich seit 1990 in den größeren Städte und Gemeinden der neuen Bundesländer gebildet haben;
- c) Zusammenschlüsse von Wissenschaftlern mit einschlägigen Themenschwerpunkten (Gesellschaft für Deutschlandforschung, Unabhängiger Historiker-Verband);
- d) Zusammenschlüsse bestimmter Opfergruppen des Besatzungs- und des SED-Regimes (zum Teil als Landesgliederungen bereits bestehender Op-

ferverbände der alten Bundesrepublik), die häufig eigene Materialsammlungen bzw. Archive unterhalten, Erlebnisberichte und Dokumentationen veröffentlichen oder Zeitzeugen für die Forschung vermitteln;

- e) zeitgeschichtliche Vereinigungen sowie Kommissionen, die sich im Umfeld der politischen Parteien – vor allem der PDS – gebildet haben.

Die Arbeit der hier aufgeführten – zumeist ehrenamtlichen – Aufarbeitungsiniciativen wird ergänzt und unterstützt von den etablierten Einrichtungen der politischen Bildungsarbeit in den alten und neuen Bundesländern. Dazu zählen insbesondere die

- a) Bundeszentrale für politische Bildung mit ihren angeschlossenen Bildungsstätten;
- b) Landeszentralen für politische Bildung;
- c) Landes- und Regionalbüros der großen parteinahen Stiftungen und Bildungsvereine (vor allem der Friedrich-Ebert-Stiftung, der Konrad-Adenauer-Stiftung sowie der PDS);
- d) Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR;
- e) kirchlichen Bildungseinrichtungen und Akademien;
- f) Außenstellen des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik.

2.7. Veröffentlichungsmöglichkeiten der DDR-Forschung

Die Vielfalt der Möglichkeiten, Forschungsergebnisse zur DDR-Geschichte zu publizieren, spiegelt nicht nur den heterogenen Charakter der DDR-Forschung wider, sondern auch das relativ große öffentliche Interesse am Thema, das durch Politik und Medien verstärkt wird.

Den Widerhall, den Fragen der DDR-Geschichte bei den Verlagen findet, dokumentiert eine Internet-Recherche zum Stichwort „DDR“ im Verzeichnis lieferbarer Bücher, die Mitte November 2043 einschlägige Publikationen auswies. Noch fehlt eine kontinuierlich geführte Spezialbibliographie, die die Flut der Neuerscheinungen erfaßt.¹⁶

Teilergebnisse der Forschung oder Miszellen finden gute Veröffentlichungsmöglichkeiten in den unterschiedlichsten Fachzeitschriften. Neben der Kölner

¹⁶ Einen Überblick über den – vor allem zeitgeschichtlichen und politikwissenschaftlichen – Forschungsstand zur DDR-Geschichte bietet Hermann Weber im Oldenbourg Grundriß der Geschichte, Band 20, (Anmerkung 13). Dort werden auch zahlreiche weiterführende Spezialbibliographien zur Literatur vor 1989 aufgeführt. Vgl. auch die Bibliographie zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. 21. Jg., 1996. Hrsg.: Bibliothek d. Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn 1997 (Recherche im Internet: <http://www.fes.de/library/allegro.html>).

Zeitschrift „Deutschland Archiv“, die im 30. Jahr die Geschichte der deutschen Teilung und nun auch der Wiedervereinigung zum Gegenstand hat, findet die DDR-Forschung bei zahlreichen Zeitschriften (mit zum Teil großer Verbreitung) offene Türen.¹⁷ Dies trifft auch für überregionale, wie auch – vor allem im Osten Deutschlands – für regionale Tages- und Wochenzeitungen zu. Insbesondere an historischen Jahrestagen herrscht hier ein ungebrochenes Interesse an einschlägigen Beiträgen.

In kaum einem anderen Forschungsfeld dürfte der sogenannten „grauen Literatur“ eine vergleichbare Bedeutung zukommen, wie im Bereich der DDR-Forschung.¹⁸ Seit 1989 ist eine unüberschaubare Vielzahl an Broschüren (zum Teil auch Zeitschriften) zu allen erdenklichen Aspekten der DDR-Geschichte vorgelegt worden. Diese Publikationen entstanden einerseits im Umfeld der Aufarbeitungsinitiativen, die aus der Bürgerbewegung¹⁹ hervorgegangen sind, bei den Landesbeauftragten²⁰ sowie beim Bundesbeauftragten²¹ für die Stasi-Unterlagen. Andererseits erweisen sich insbesondere die im Umfeld der PDS²² angesiedelten Bildungs- und Geschichtsvereine²³ als ausgesprochen produktiv. Neben apologetischen Schriften finden sich hier nicht selten fundierte empirische Untersuchungen, die von nach 1989 „abgewickelten“ Sozial- und Geschichtswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern der ehemaligen DDR ausgearbeitet werden.

Darüber hinaus haben die einzelnen Landeszentralen für politische Bildung in den neuen Bundesländern bereits zahlreiche Broschüren und Monographien mit DDR-Themen verlegt. Gleiches gilt für die Zentralen sowie die Landesbüros der parteinahen Stiftungen der im Bundestag vertretenen Parteien.

Diese Publikationen unterschiedlichster Provenienz unterstreichen die Bedeutung der außeruniversitären Forschung für die wissenschaftliche Aufarbeitung der DDR-Geschichte. Sie werden ergänzt durch „graue Literatur“, die von

17 Vgl. den Abschnitt Zeitschriften im Vademekum DDR-Geschichte, S. 265 ff.

18 Vgl. hierzu insbesondere Hermann Weber: „Asymmetrie“ bei der Erforschung des Kommunismus und der DDR-Geschichte? Probleme mit Archivalien, dem Forschungsstand und bei den Wertungen. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 26/97, 20. Juni 1997, S. 3 ff., hier: S. 6 f. Einen Überblick über Neuerscheinungen im Bereich der „grauen Literatur“ bietet seit 1994 regelmäßig der Newsletter „Aktuelles aus der DDR-Forschung“ im *Deutschland Archiv*.

19 Vgl. etwa die Zeitschrift „Horch und Guck“ des Berliner Dokumentationszentrum des Bürgerkomitees „15. Januar“ e.V.; die Berichte des Unabhängigen Verein zur historischen, politischen und juristischen Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit e.V. in Rostock.

20 Eine aktuelle Zusammenstellung der Publikationen findet sich im Anhang zu: *Der Berliner Landesbeauftragte für Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR* (Hrsg.): *Zwischen Hoffnung und Resignation. Herausforderung der Aufarbeitung kommunistischer Gewaltherrschaft. Dokumentation des ersten bundesweiten Treffens von Opferverbänden und Aufarbeitungsinitiativen vom 25.-27. April 1997 in Berlin*. Berlin 1997.

21 Die Abteilung Bildung und Forschung beim Bundesbeauftragten unterhält u. a. die Reihen A: Dokumente, B: Analysen sowie BF informiert.

22 Vgl. die sechs Bände „Ansichten zur Geschichte der DDR“ herausgegeben von der Gruppe PDS-Linke Liste im Deutschen Bundestag.

23 Hier sei insbesondere auf die über vierzig „Hefte zur DDR-Geschichte“ verwiesen, die unter der Ägide von „Helle Panke“ zur Förderung von Politik, Bildung und Kultur e.V.“ in Berlin erschienen sind.

größeren Forschungseinrichtungen erstellt wird und wichtige Beiträge zur Erforschung der DDR liefern.²⁴

2.8. Die DDR-Forschung außerhalb Deutschlands

Wie die bereits erwähnte Zahl von 27 im Zeitraum von 1994 bis 1997 registrierten Forschungsprojekte zur DDR-Geschichte verdeutlicht, beschränkt sich die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem SED-Staat keineswegs auf das vereinte Deutschland. Insbesondere in den angelsächsischen Ländern kann die DDR-Forschung bereits auf eine längere Tradition zurückblicken.²⁵ Nachdem die deutsche Teilung mit dem Bau der Berliner Mauer im Jahre 1961 auf unabsehbare Zeit festgeschrieben schien, begannen einige wenige Politologen in englischsprachigen Ländern, die DDR als selbständige politische Einheit zu betrachten und ins Visier ihrer Forschung zu nehmen. Beeinflusst durch die bundesdeutsche Politik der Nichtanerkennung und der damit verbundenen Hallstein-Doktrin wurde die DDR zunächst vor allem im Vergleich mit der Bundesrepublik erforscht. In Überblicksdarstellungen zu Osteuropa fand man die DDR nur selten. Literatur, die sich deutschen Fragen annahm, behandelte die DDR meist in Form von Anhängen. Erst in den späten sechziger Jahren erschienen im englischen Sprachraum Publikationen, die die DDR in ihrem Mittelpunkt stellten.²⁶ Mit der Anerkennungswelle der DDR blühte auch die DDR-Forschung in den siebziger Jahren wiederum vor allem in den USA und in Großbritannien auf. Schwerpunkte bildeten dabei insbesondere literaturwissenschaftliche Forschungen.²⁷ Zeitgeschichtliche Studien bildeten weiterhin eine Ausnahme. In den achtziger Jahren stagnierte die DDR-Forschung in diesen Staaten. Während sozialwissenschaftliche Projekte in den USA leicht zunahmen, gingen dort Forschungsprojekte zur Literaturgeschichte, deren Zahl in Großbritannien relativ konstant blieb, leicht zurück.

Mit der deutschen Vereinigung und der Öffnung der Archive erfuhr die DDR-Forschung auch in den angelsächsischen Ländern einen neuerlichen Aufschwung.²⁸ In den USA wandten sich insbesondere Forscher der German Stu-

24 Vgl. etwa die Dresdner „Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung“, die „Vorträge aus dem HAIT“ sowie die „Berichte und Studien“ aus dem gleichen Haus, den „Potsdamer Bulletin für Zeithistorische Studien“ des Zentrums für Zeithistorische Forschung sowie die Reihe „Arbeitspapiere des Forschungsverbundes SED-Staat“ des gleichnamigen Instituts, das darüber hinaus über die „Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat“ verfügt.

25 Die folgenden Ausführungen stützen sich auf die verdienstvolle Studie von Anita M. Mallinckrodt: DDR-Forschung „auf englisch“. DDR-Forscher und ihre Studien in englischsprachigen Ländern. O.O. [Köln] u.J. [1984].

26 John Dornberg: *The other Germany*. New York 1968; Jean E. Smith: *Germany beyond the wall: People, politics and prosperity*. Boston 1969; David Childs: *East Germany*. London 1969.

27 Mehr als die Hälfte aller Mitte der achtziger Jahre registrierten Forschungsvorhaben in angelsächsischen Ländern widmeten sich Fragen der DDR-Literatur. Vgl. ebenda, S. 17.

28 Vgl. die Beiträge im Newsletter *Aktuelles aus der DDR-Forschung* 2/96 und 2/97 von Mary Fulbrook: *GDR Research in Britain*. In: *Deutschland Archiv*, 29. Jg., Heft 4, Juli/August 1996, S. 659 ff., Laurence McFalls: *GDR and East German Studies in North America*. In: *Deutschland Archiv*, 30. Jg., Heft 4, Juli/August 1997, S. 675 ff. sowie die Erwiderung darauf von Gerald

dies Association sowie der Eastern German Studies Group vor allem in ihren Jahrestagungen verstärkt DDR-Themen zu. Mit der Gründung des Centre for East German Studies an der University of Reading sowie des Institute for German Studies an der University of Birmingham im Jahre 1994 trug die britische Deutschlandforschung der Entwicklung in Deutschland Rechnung. Allerdings deutet sich gegenwärtig an, daß die Zahl der zeitgeschichtlichen Forschungsprojekte zurückgeht, während Forschungen zum Transformationsprozeß sowie zum vereinten Deutschland nach wie vor einen gestiegenen Stellenwert besitzen.

Das Ende des Kalten Krieges und die deutsche Vereinigung hat auch in jenen Ländern Forschungen zur DDR-Geschichte und zur Transformation in den neuen Bundesländern stimuliert, deren Wissenschaft sich der DDR vor 1989 nur in geringem Maße angenommen hatte. Dazu zählen insbesondere Frankreich sowie die Benelux-Staaten.²⁹ In den osteuropäischen Nachbarstaaten hatte die DDR in der zeitgeschichtlichen Forschung vor 1989 praktisch keine Rolle gespielt. Angesichts der unbewältigten Last der eigenen staatlichen Vergangenheit im sowjetischen Herrschaftssystem sowie drängender wirtschaftlicher Probleme vermag es kaum zu verwundern, daß die DDR-Geschichte in diesen Ländern bislang nur wenig thematisiert wurde. Allerdings beobachtet die dortige sozialwissenschaftliche Forschung den Transformationsprozeß in den neuen Bundesländern mit großer Aufmerksamkeit.³⁰

In der ehemaligen Sowjetunion läßt sich lediglich für die Russische Föderation Publikationstätigkeit zu Fragen der DDR-Geschichte verzeichnen.³¹ Eine beispielsweise an einem Institut angebundene auf Dauer angelegte Geschichtsschreibung zu den Staaten des einstigen sowjetischen Einflusbereiches ist nicht bekannt.

R. Kleinfeld im Newsletter 3/97, erscheint in Deutschland Archiv, 30. Jg., Heft 6, November/Dezember 1997.

- 29 Vgl. dazu den Beitrag von Sandrine Kott „DDR-Forschung in Frankreich“ der im Newsletter Aktuelles aus der DDR-Forschung 3/97 erscheint (Deutschland Archiv, 30. Jg., Heft 6, November/Dezember 1997) sowie Dirk Roctus: Deutschlandforschung in Belgien. In: Deutschland Archiv, 30. Jg., Heft 1, Januar/Februar 1997, S. 126 ff., ders.: „Mit mehr Erfolg nach Deutschland“. Postakademischer Zyklus „Duitslandstudies“ in Antwerpen. In: ebenda, Heft 4, Juli/August 1997, S. 619 ff. Ein Beitrag zur DDR- und Deutschlandforschung in den Benelux-Staaten für den Newsletter 1/97 befindet sich zur Zeit in Vorbereitung.
- 30 Im Newsletter Aktuelles aus der DDR-Forschung (1/97) erschien bislang lediglich der Beitrag von Janusz Ruzkowski: DDR-Forschung in Polen. In: Deutschland Archiv, 29. Jg., Heft 2, März/April 1996, S. 326 ff.
- 31 Die neu erschienene Literatur thematisiert vor allem die eigentliche sowjetische Besatzungszeit 1945-1949. Vgl. u. a. M. I Semirjaga: Kak my upravljali Germanii. Moskau 1995 (Wie wir Deutschland regierten); D. N. Filippovič: Sovetskaja voennaja administracija v Germanii: voenno-političeskij aspekt dejatel'nosti (1945-1949). Moskau 1995 (Sowjetische Militäradministration in Deutschland: militärpolitischer Aspekt der Tätigkeit); SVAG: upravlenije propagandy (informacii) i S.I.Tjulpanov. 1945-1949. Sbornik dokumentov. Hrsg. von Bernd Bonwetsch, Gennadi Bordjugow und Norman Naimark. Moskau 1994 (Die SMAD: Informations-[Propaganda]verwaltung und S. I. Tjulpanow); Bernd Bonwetsch und Gennadi Bordjugow: „Naša linija takaja...“, in: „Istoričeskij arhiv“, (1994) Heft 4, S. 22 ff. („Unsere Linie ist...“ - „Historisches Archiv“); A. M. Filitov: Gernanskij vopros: ot raskola k ob'edineniju. Moskau 1993 (Die deutsche Frage: von der Spaltung zur Vereinigung).

Zusammenfassend bleibt festzustellen, daß direkte Kooperationsprojekte zwischen deutschen und ausländischen Forschungseinrichtungen bislang noch die Ausnahme darstellen und der wissenschaftliche Austausch über die Grenzen Deutschlands hinaus nach wie vor weitgehend dem Zufall überlassen bleibt.

2.9. Finanzierung der DDR-Forschung

Trotz einer bemerkenswert breiten Forschungslandschaft zur Geschichte der DDR und der zahlreichen gesellschaftlichen Aufarbeitungsinitiativen kann jedoch keineswegs von einer dauerhaften Etablierung der „DDR-Forschung“ als Teildisziplin in ihren Mutterwissenschaften (hier wären in erster Linie wohl die Geschichts- und Politikwissenschaft zu nennen) gesprochen werden. Dies verdeutlicht die Finanzierung der Forschungsvorhaben, die auf überwiegend tönernen Füßen steht. Die nachfolgende Auswertung der Finanzierungsformen geschah unter dem Vorbehalt ausgesprochen pauschaler Angaben in den Fragebögen.³²

Bei rund zehn Prozent der verzeichneten Projektbearbeiterinnen und -bearbeitern kann davon ausgegangen werden, daß diese über etatisierte Dauerstellen verfügen. Die Mehrzahl dieser Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler verfügt als Professorin oder Professor entweder über einen Lehrstuhl oder eine vergleichbare Anstellung an einer ausländischen Hochschule oder arbeitet in den drei Forschungseinrichtungen in Berlin und Dresden, deren Mitarbeiter sich hauptamtlich und ohne Befristung mit Fragen der DDR-Geschichte beschäftigen können: in der Abteilung Bildung und Forschung beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR mit 13 und der Berliner Außenstelle des Münchener Instituts für Zeitgeschichte mit sechs Dauerstellen sowie im Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung in Dresden, das neben zehn etatisierten Wissenschaftlerstellen gegenwärtig 20 Drittmittelstellen vorweisen kann!

Rund die Hälfte aller in den jüngsten Projektdokumentationen registrierten DDR-Forscherinnen und Forscher (379) wird über Drittmittel (68) bzw. befristete Mittel der Institution (85) entlohnt. Fünfzehn Prozent (45) finanzieren ihre Arbeit mittels eines Stipendiums. Fast jeder Fünfte bestreitet seinen Lebensunterhalt mit nichtwissenschaftlicher Tätigkeit, mit Hilfe von Arbeitslosengeld bzw. -hilfe oder familiären Zuwendungen. Gemessen an der Umfrage des Jahres 1993/94 ist erkennbar, daß die Zahl der arbeitsamtgeförderten Projekte (ABM, Lohnkostenzuschüsse) deutlich zurückgegangen (weniger als zehn Prozent aller Projekte) ist. Dies erklärt die relativ geringe Zahl von Projekten aus dem Bereich der Aufarbeitungsinitiativen, deren Arbeit Anfang der neunziger Jahre weitgehend auf dieser Förderung beruhte, und die nunmehr um ihr Überleben kämpfen.

³² So hieß es häufig in der entsprechenden Rubrik der Fragebögen „Mittel der Institution“, wobei Angaben über eine eventuelle Befristung fehlten.

Darüber hinaus sind die Fördermaßnahmen aus dem Wissenschaftler Integrationsprogramm (WIP) und dem Hochschülerneuerungsprogramm (HEP) ausgefallen. Mit diesen Programmen wurde die befristete Anstellung positiv evaluierter DDR-Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an den Universitäten und Hochschulen (zumeist) Berlins und der neuen Bundesländer finanziert, mit dem Ziel, daß diese Anstellung nach Auslaufen der Befristung (bis zu 5 Jahre) in ein dauerhaftes Arbeitsverhältnis münden sollte. Eine Erwartung, die sich nicht erfüllte.³³

Unter den Drittmittelgebern stehen die Deutsche Forschungsgemeinschaft und die Volkswagen-Stiftung an erster Stelle.³⁴ Rückgängig sind Einzelprojektförderungen durch die Bundes- oder die Landesregierungen.

Besonders schwierig erweist sich die finanzielle Situation der lokalen Aufarbeitungsinitiativen, die nach 1989 aus der DDR-Bürgerbewegung hervorgegangen sind. Sie verfügen vielfach über die einzigen Selbstzeugnisse des politischen Widerstands außerhalb der Archive der Staatssicherheit. „So sie überhaupt noch existieren, befinden sie sich zum großen Teil in Privatbesitz und sind damit einem geregelten Zugriff ebenso entzogen wie einer fachgerechten Bestandspflege.“³⁵ Ohne öffentliche Zuwendungen sind diese z.T. privaten Sammlungen in ihrer Existenz bedroht und der Forschung auf längere Frist unzugänglich. Gegenwärtig ist eine Debatte darüber entbrannt, ob ein zentrales Oppositionsarchiv die Materialien verwalten und erschließen sollte. Kritiker dieses Vorschlags weisen darauf hin, daß die Gründer und heutigen Träger der Archive, die Umweltbibliotheken, Bürgerkomitees oder Frauengruppen gestern wie heute die Aufgaben der Quellensicherung mit dem Anspruch auf unmittelbare historische Aufarbeitung und politische Aufklärung verbinden und fordern, daß der Erhalt der Sammlungen vor Ort gewährleistet werden müsse.³⁶ Die Aufmerksamkeit der Archiv- und Aufarbeitungsszene richtet sich deshalb auf die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“, die dem

33 Ausweg für WIPianer. Integration der Akademie-Forscher an den Unis ist bisher nicht gelungen. In: Berliner Zeitung vom 7. Dezember 1995.

34 Die im Rahmen der Projektverzeichnisse ermittelte Zahl von 18 VW- und 25 DFG-geförderten Vorhaben spiegelt keineswegs die wirkliche Zahl der Einzelförderungen dieser Institutionen wider. Vgl. dazu die Jahresberichte der beiden Stiftungen.

35 Darauf verweist Hubertus Knabe: Wo liegen die Selbstzeugnisse der DDR-Opposition? Zugänge zu einem schwierigen Forschungsgebiet. In: Deutschland Archiv, 30. Jg., Heft 4, Juli/Augus 1997, S. 56 ff., hier: S. 566., der eine große Zahl von unabhängigen Archiven der Bürgerbewegung in den neuen Bundesländern mit kurzen Bestandsangaben sowie Anschriften auflistet. Vgl. dazu auch den Abschnitt „Andere Archive“ im Vademekum DDR-Forschung, S. 1 ff.

36 Vgl. dazu Hans Michael Kloth: Ein Archiv für die Materialien der DDR-Opposition! 18 Thesen zu Notwendigkeit, Aufgaben, Struktur und ersten praktischen Schritten. In: Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat (ZdF), Heft 2, 1996, S. 77 ff. und die Erwiderung von Tina Krone/ Tom Sello: Oppositionsarchive sind mehr als nur Dokumentenspenden. Erwiderung auf die Thesen von H.M. Kloth, im selben Heft, S. 83 ff.

Bundestag die Einrichtung einer Stiftung empfohlen hat. Die Unterstützung der Oppositionsarchive soll damit eine dauerhafte Perspektive erhalten.³⁷

2.10. Über den Zusammenhang wissenschaftlicher und politisch-moralischer Aufarbeitung der DDR-Geschichte

In ihrem am 28. Oktober 1997 vorgelegten Zwischenbericht bezeichnet die Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ die „Aufarbeitung der SED-Diktatur und des Lebens in der DDR [als] ein gesamtgesellschaftliches, nationales Anliegen“.³⁸ Hermann Weber, Sachverständiger eben dieser Enquete-Kommission, hat wiederholt darauf hingewiesen, daß die wissenschaftliche Erforschung der DDR-Geschichte die „Voraussetzung der politischen Aufarbeitung“ sei. Dies bedeute nicht, „daß die wissenschaftliche Forschung zuerst und die politisch-moralische Aufarbeitung danach erfolgen kann“. Beides müsse „gleichzeitig geschehen“, da eine „Auseinandersetzung mit der Geschichte [...] fundiertes Wissen!“ voraussetze, „soll diese nicht ins Emotionale abgleiten oder gar zum politischen Instrument verkommen“.³⁹

Wissenschaftliche und politisch-moralische Aufarbeitung der DDR-Geschichte dürfen sich daher nicht als Konkurrenz, sondern müssen sich als notwendige Ergänzung verstehen, die sich zudem gegenseitig stimulieren können.

Die gegenwärtige Finanzierung der DDR-Forschung beruht jedoch – wie oben deutlich wurde – in hohem Maße auf Drittmitteln, die insbesondere bei den großen Forschungsförderungseinrichtungen im Rahmen zeitlich begrenzter Förderprogramme vergeben werden. Somit besteht die latente Gefahr, daß thematische Neuorientierungen der Stiftungen verbunden mit den derzeit massiven Kürzungen in den Hochschuletats der DDR-Forschung die finanzielle Grundlage entziehen könnten, bevor diese sich in der Forschungslandschaft vergleichbar etwa mit der NS-Forschung etabliert hat. Möglichen Tendenzen, die in Gründung befindliche Bundesstiftung zur Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit als Ersatz für die bisherige Forschungsförderungspraxis zu betrachten, muß entgegengewirkt werden. Wie bereits ausgeführt wurde, steht „die“ DDR-Forschung in wesentlichen Bereichen erst an ihrem Anfang. Bejaht man die gesellschaftliche Relevanz der DDR-Forschung als Grundlagenforschung für die historisch-politische Bildungsarbeit, wie es die Enquete-Kommission in ihrem Zwischenbericht zum Ausdruck bringt, muß allen Zentralisierungstendenzen entgegengewirkt und die gegenwärtige Vielfalt der For-

37 Deutscher Bundestag, 13. Wahlperiode, Drucksache 13/8700, 8.10.97: Zwischenbericht der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“. Teilbericht zu dem Thema „Errichtung einer selbständigen Bundesstiftung des öffentlichen Rechts zur Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“.

38 Ebenda, S. 3.

39 Hermann Weber: „Asymmetrie“ bei der Erforschung des Kommunismus und der DDR-Geschichte? (Anmerkung 17), S. 3.

schungsgruppen in den alten und neuen Bundesländern sowie in Berlin für einen längeren Zeitraum aufrechterhalten werden.

Zahl und Produktivität – nicht nur – der oben porträtierten neugegründeten Forschungseinrichtungen, die sich hauptsächlich mit Fragen der DDR-Geschichte beschäftigen, dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß deutliche Einschnitte in das gegenwärtige Fördervolumen die Existenz einiger dieser Institute in Frage stellen würden. So beruht etwa die Finanzierung des Potsdamer Zentrums für Zeithistorische Forschung oder des Berliner Forschungsverbundes SED-Staat gegenwärtig weitgehend auf Drittmitteln.

Ohne die produktive Kraft personeller Fluktuation im Wissenschaftsbetrieb negieren zu wollen, bedürfen Forschungsinstitute eines Mindestmaß an personeller und damit nicht zuletzt fachlicher Kontinuität. Den Beitrag, den diese und andere Institute und deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Aufarbeitung der DDR-Geschichte geleistet haben, können und sollen der Bund und die Länder insofern würdigen, daß eine ausreichende Grundfinanzierung bereitgestellt wird, die die Voraussetzung für eine erfolgreiche Einwerbung von Drittmitteln darstellt.

Die Institutionen und Akteure der DDR-Forschung bedürfen jedoch nicht allein der materiellen Unterstützung durch die öffentliche Hand, um auch in Zukunft im bisherigen Umfang ihren Beitrag zur wissenschaftlichen Aufarbeitung der SED-Diktatur zu leisten. Seit der Arbeitsaufnahme der ersten Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages, die sich dem Thema Aufarbeitung der SED-Diktatur annahm, besitzt die DDR-Forschung auch durch die nachfolgende Enquete einen wichtigen Lobbyisten, der dafür Sorge trägt, daß das öffentliche Interesse und damit nicht zuletzt der Forschungsförderung an diesem wichtigen Thema wachgehalten wird. Mit Ablauf dieser Legislaturperiode wird die Forschung diesen Lobbyisten verlieren. Die in Vorbereitung befindliche Bundesstiftung kann diese Lücke allein nicht schließen. Die DDR-Forschung muß selbst zum Lobbyisten ihrer gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Relevanz werden. Als Voraussetzung müssen jedoch Tendenzen blinder Aktengläubigkeit, mangelnder Quellenkritik sowie zum Rückfall hinter den Forschungsstand überwunden werden, die eine ganze Reihe von Publikationen in den vergangenen Jahren gekennzeichnet haben. Solche „Schnellschüsse“ untergraben jedoch das „Standing“ der DDR-Forschung innerhalb ihrer Mutterwissenschaften. Schließlich muß die DDR-Forschung selbst zu jener „inneren Einheit“ finden, zu der sie eigentlich durch ihre Arbeit in der Gesellschaft mit beitragen sollte. Politische Graben- und Verteilungskämpfe, in der Öffentlichkeit mit verletzender Schärfe geführt, diskreditieren die DDR-Forschung nicht nur in wissenschaftlicher Hinsicht, sie untergraben auch die Glaubwürdigkeit der Arbeit in der Öffentlichkeit.

3. Empfehlungen

Bei der „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ kommt der historischen und sozialwissenschaftlichen Deutschlandforschung eine selten so greifbare gesellschaftliche Relevanz zu. Der Wissenschaft obliegt es, auf der Grundlage der im Übermaß zur Verfügung stehenden Quellen den Versuch zu unternehmen, die Vergangenheit in all ihrer Vielschichtigkeit zu rekonstruieren. Sie schafft Erklärungs- und Deutungsangebote, die von Journalisten und Publizisten, Politikern oder Schulbuchautoren genutzt werden können, um Verklärungs- wie Verdammungstendenzen gleichermaßen entgegenzuwirken. Solange gegenseitiges Mißverstehen das Miteinander östlich und westlich der Elbe trübt, darf die Beschäftigung mit der deutsch-deutschen Nachkriegsgeschichte nicht auf wenige Jahrestage beschränkt bleiben.

Mit der in Gründung befindlichen Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur hat der Bundestag ein wichtiges Zeichen gesetzt, daß „die Aufarbeitung der SED-Diktatur [...] ein gesamtgesellschaftliches, nationales Anliegen“ ist und bleibt.⁴⁰ Aufgabe der Stiftung sei es, vor allem die Projektarbeit von Aufarbeitungsinitiativen und Opferverbänden zu unterstützen sowie politisch-historische Aufklärung zu leisten.

Als Schlußfolgerung aus der Expertise wird dem Gesetzgeber wie auch der Exekutive empfohlen, den Aufgabenbereich der geplanten Stiftung möglichst rasch auf den Bereich der Wissenschaftsförderung auszuweiten. Eine solche Aufgabenstruktur würde nicht nur der heterogenen Forschungslandschaft zur DDR-Geschichte entsprechen, sondern auch dazu beitragen, daß sich universitäre und außeruniversitäre DDR-Forschung gegenseitig befruchten. Wissenschaftsförderung kann dabei nicht bedeuten, daß die Stiftung eigene Forschung betreibt, Forschungsthemen vorgibt und damit die Freiheit der Wissenschaft antastet oder die traditionellen Einrichtungen der Forschungsförderung aus der Pflicht nimmt.

Wissenschaftsförderung sollte nicht als bloße Forschungsfinanzierung verstanden werden. Neben der Vergabe von Projektmitteln für Personal-, Reise- und Sachkosten für wissenschaftliche Forschungsvorhaben sollte die Stiftung Impulse geben, Dienstleistungen bereitstellen, Kooperationen im In- und Ausland anbahnen und ermöglichen, interdisziplinäre Forschungen anregen, den wissenschaftlichen Nachwuchs fördern und neue Formen der Forschungsförderung erschließen. Als unabhängiger und politisch neutraler Partner der wissenschaftlichen Einrichtungen kann die Stiftung dazu beitragen, die Professionalisierung und Etablierung einer interdisziplinären DDR-Forschung innerhalb und außerhalb der Hochschulen zu befördern.

40 So Rainer Eppelmann bei der Übergabe des Zwischenberichts der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur“ am 28. Oktober 1997 an die Präsidentin des Deutschen Bundestages, Frau Prof. Dr. Rita Süßmuth. Zitiert nach: Berliner Zeitung vom 29. Oktober 1997.

Als ergänzende Initiativen zur Wissenschaftsförderung werden empfohlen,

- a) regelmäßig ein öffentliches zeithistorisches Forum auszurichten, das es der wissenschaftlichen und der politisch-moralischen Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit im Zweijahresrhythmus jeweils in einer anderen Stadt ermöglicht, die Arbeitsergebnisse einer breiteren Öffentlichkeit vorzustellen und gemeinsam zu diskutieren. Eine solche Veranstaltung würde den interdisziplinären Austausch fördern und die unsichtbaren Grenzen zwischen der universitären und der außeruniversitären Forschung überwinden helfen.
- b) einen Wissenschaftspreis einzurichten, der alle zwei Jahre zu einem vorher festgesetzten Thema ausgelobt wird und auf der oben skizzierten Veranstaltung vergeben werden könnte. Der „DDR-Forscher-Preis“ würde der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses dienen und die Aufmerksamkeit innerhalb der Wissenschaft für dieses Thema wachhalten.
- c) Initiativen zu unterstützen, die die theoretische Fundierung und die Methodenvielfalt im Bereich der DDR-Forschung fördern. In Zusammenarbeit mit den bestehenden Forschungseinrichtungen soll ein offener Arbeitskreis dazu anregen, neue und alte Forschungsansätze sowie die Anwendbarkeit von Theorien und Methoden aus anderen Wissenschaftsdisziplinen in der DDR-Forschung zu diskutieren.
- d) Zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses sowie der Zusammenarbeit mit osteuropäischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sind geeignete Veranstaltungsformen zu entwickeln (z. B. „Sommer-Akademie DDR-Geschichte“), die der Methodendiskussion dienen, wissenschaftliche Kooperationen anbahnen, den interdisziplinären Austausch fördern und laufende Forschungsvorhaben befruchten.
- e) einen nichtkommerziellen „Internet-Informationssdienst DDR-Geschichte“ auf- und auszubauen. Damit können bislang bestehende Informationsbarrieren zwischen Wissenschaft, Aufarbeitungsinitiativen, Medien und der interessierten Öffentlichkeit beseitigt werden. Ein didaktisch aufgebautes und klar strukturiertes Informationssystem erlaubt auch Nichtwissenschaftlern den Zugang zu bislang schwer zugänglichen Fachinformationen und stimuliert deren historische Neugierde. Hauptzielgruppe eines solchen „Internet-Informationssdienstes“ sind die universitäre und außeruniversitäre DDR-Forschung im In- und Ausland, die Aufarbeitungsinitiativen, Vereine und Gedenkstätten, Archive, Museen sowie die Medien. Neben dem Vademekum DDR-Forschung, das über sämtliche mit der DDR-Geschichte befaßten Einrichtungen informiert, sowie Projektdokumentation könnten interaktive Diskussionsforen, eine DDR-Lexikothek sowie Hyperlinks zu einschlägigen Homepages im Internet die Serviceeinrichtung abrunden. Aufgrund seiner technischen Möglichkeiten trägt das Informationssystem zur Vernetzung der disparaten Forschungslandschaft bei. Jene Einrichtungen, die über keinen eigenen Internetzugang bzw. über keine eigene Homepage verfügen, erhalten auf dem Server der Stiftung – kostenlos oder gegen eine

geringe Gebühr – die Möglichkeit, Informationen über ihre Tätigkeit, Manuskripte, Bilder, Skizzen etc. im Internet zugänglich zu machen. Ein Prototyp dieses Internet-Informationsdienstes wird gegenwärtig an der Universität Mannheim erprobt. Seit 1994 werden dort kontinuierlich geplante, laufende und abgeschlossene Forschungsprojekte erfaßt und in der Zeitschrift *Deutschland Archiv* sowie im Internet dokumentiert. Darüber hinaus ist das Vademekum DDR-Forschung als Datenbank im Internet recherchierbar.

- f) eine Anlaufstelle für alle DDR-spezifischen Anfragen aus dem In- und Ausland (Fachberatung DDR-Geschichte) zu schaffen, die Forschungskontakte im In- und Ausland anbahnen hilft, Museen, Gedenkstätten sowie Einrichtungen der politischen Bildung bei deren Arbeit unterstützt, Gutachter und Experten für Behörden, Parlamente, Verbände, Unternehmen etc. vermittelt sowie eine Referentenkartei zum Thema führt.

Zusammenfassung

Das Interesse der universitären und außeruniversitären Forschung an der DDR-Geschichte ist auch im siebten Jahr der deutschen Einheit ungebrochen. Seit 1990 konnten mehr als 1.000 einschlägige Forschungsvorhaben registriert werden. Nach Schätzungen des Autors dürften sich gegenwärtig mehr als 500 Frauen und Männer mit den unterschiedlichsten Aspekten der SED-Diktatur beschäftigen. Die gegenwärtig rund 300 geplanten, laufenden oder jüngst abgeschlossenen Projekte verteilen sich zu jeweils einem Drittel auf die alten und die neuen Bundesländer sowie auf Berlin. Während Ostdeutsche auf der Ebene der Projektbearbeiterinnen und -bearbeitern überrepräsentiert sein dürften, sind Frauen (aus Ost und West) mit 25 Prozent unterrepräsentiert.

Bei der Themenwahl setzt die DDR-Forschung einen deutlichen Schwerpunkt auf die Konstituierungsphase und den Fall der Diktatur. Die sechziger und mit Einschränkung auch die siebziger Jahre treten dabei in den Hintergrund. Rund zwanzig Prozent aller Forschungsprojekte widmen sich Fragen der Herrschaftssicherung durch Partei, MfS, Militär, Polizei und Justiz bzw. Formen der Verweigerung oder Opposition. Weitere zwanzig Prozent interessieren sich für die Wirtschafts- und Sozialgeschichte. Im Verlauf der neunziger Jahren ging das wissenschaftliche Interesse an der DDR-Literatur sowie der darstellenden Kunst zurück. Anhaltende Aufmerksamkeit genießen die DDR-Medien, lokal- und regionalgeschichtliche Fragestellungen, der Untergang der DDR sowie der nachfolgende Transformationsprozeß. Auffällig ist die vergleichsweise geringe Aufmerksamkeit, die die SED, die Blockparteien sowie die Massenorganisationen genießen. Die vergleichende diachrone wie synchrone Diktaturforschung steht nach wie vor am Anfang.

Neben den beiden zuvor genannten Forschungsdesiderata sind auch Fragen zu den Phänomenen Überzeugung, Akzeptanz und Arrangement innerhalb der DDR-Gesellschaft bislang weitgehend unbeantwortet. Generell droht die

DDR-Forschung zu sehr an der Analyse der Intentionen der von ihr untersuchten Protagonisten zu verharren und die Formen der Umsetzung ebenso zu vernachlässigen wie die realen Auswirkungen. Nach wie vor ist zu wenig über den Wandel der Parteiherrschaft in einzelnen Politikbereichen im Verlauf der vier Jahrzehnte bekannt. Trotz des mittlerweile durchaus beachtlichen Forschungsstandes steht die DDR-Forschung – gemessen an der wissenschaftlichen Aufarbeitung des Nationalsozialismus – in vielen Bereichen erst am Anfang. Die Vielfalt und die Produktivität der gegenwärtigen Forschungslandschaft versprechen, die vorhandenen „weißen Flecken“ langfristig zu tilgen. Dafür müssen jedoch eine Reihe von Voraussetzungen erfüllt werden: Die DDR-Forschung muß erstens den eingeschlagenen Weg zur Akademisierung weitergehen, gleichzeitig darf sie zweitens den Kontakt zur außeruniversitären Forschung nicht verlieren. Drittens muß sie sich politischen Instrumentalisierungsversuchen entziehen. Die Finanzierung der DDR-Forschung ist gegenwärtig auf Dauer nicht gesichert. Bund und Länder müssen die Forschungsleistungen der bestehenden Institutionen honorieren und deren materielle Grund-sicherung gewährleisten. Das besondere politische und gesellschaftliche Interesse an einer wissenschaftlichen Erforschung der DDR-Geschichte, die wichtige Voraussetzungen für die historisch-politische „Aufarbeitung“ schafft, und die heterogene Forschungslandschaft empfehlen eine Institution, die als politisch und wissenschaftlich neutrale Partnerin der universitären und außeruniversitären DDR-Forschung Impulse gibt, Dienstleistungen bereitstellt, Kooperationen anbahnt und unterstützt, interdisziplinäre Forschung anregt und als Lobbyist der DDR-Forschung in den Medien und in der Öffentlichkeit wirkt.